

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Kob. Hoffe, Saalestein & Pöglers
G. L. Dand & Co., Invalidentenk.

Verantwortliche Redakteure:
für den innerpolitischen Theil:
F. Hachfeld, für den äußeren
redaktionellen Theil: E. R.
Liebscher, beide in Posen

Mittags-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Kob. Hoffe, Saalestein & Pöglers
G. L. Dand & Co., Invalidentenk.

Verantwortlich für den
Inseratenthail:
F. Hachfeld in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 876

Donnerstag, 14. Dezember.

1893

Deutscher Reichstag.

19. Sitzung vom 13. Dezember, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Der schnelle Antrag des Abg. Schmieder auf Einstellung des
gegen den Abg. v. Reibnitz schwebenden Strafverfahrens wird an-
genommen.

Zu dem zweiten Gegenstand, Wahl von 6 Mitgliedern
zur Reichskommission für Arbeiterstatistik, liegt
eine vom Abg. Frhr. v. Buol beantragte, von allen Parteien
unterstützte Resolution vor, die Zahl der vom Reichstag zu wählen-
den Mitglieder auf 7 zu erhöhen.

Abg. Frhr. v. Buol (Ctr.) befürwortet die Resolution und
bittet den zweiten Gegenstand von der Tagesordnung abzulehnen,
bis das Schicksal der Resolution entschieden sei.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher erklärt sich bereit, den Antrag
im Bundesrath zu befürworten.

Die Resolution wird angenommen und der zweite
Gegenstand von der Tagesordnung abgelehnt.

Darauf wird die zweite Beratung des Handelsvertrags
mit Rumänien fortgesetzt. (Die Debatte erstreckt sich über Art. I,
II und VII zusammen.)

Abg. Dr. Lieber (Ctr.): Ich bin vollkommen von derselben
Ueberzeugung wie Abg. Graf Mirbach durchdrungen, daß die Land-
wirtschaft sich in einer Nothlage befindet, glaube aber nicht, daß
die Ablehnung des Handelsvertrages mit Rumänien der Land-
wirtschaft auch nur eine Zeit lang helfen würde. Wir haben in
der Kommission eine Resolution eingebracht, welche die Ziele an-
gibt, wie der deutschen Landwirtschaft allein geholfen werden
kann, und die überwältigende Mehrheit meiner Freunde steht auf
dem Boden der Resolution. Allein wir haben hier nicht bloß die
Landwirtschaft, sondern die Interessen des ganzen Volkes, also
auch der Industrie und ihrer Arbeiter zu vertreten. Wir müssen
wünschen, daß die maßkräftigste Anwendung des Charakters als
ausschließlicher Vertreter der Landwirtschaft aus dem Reichstage
verschwinden möchte. Ebenso wenig können wir hier Jemanden
das Recht zusprechen, sich ausschließlich Vertreter der Arbeiter zu
nennen. (Zustimmung im Centrum.) Das Zollprovisorium für
Rumänien ist vor einem Jahre auch von den Konservativen an-
genommen worden. Sowohl von konservativer Seite wie von unse-
rer früheren Parteigenossen Frhr. von Wettin wurde damals
ausdrücklich konstatiert, daß die Annahme des Zollprovisoriums nicht
gegen Rumänien, sondern lediglich gegen Rußland ein Präjudiz
ausschleife. Graf Mirbach behauptete in einem Abgemenge, daß
das Ausland den Zoll trage, und gleichzeitig, daß die Landwirt-
schaft durch die Zollermäßigung Schaden erleide, weil nämlich die
Ermäßigung auf den Preis drückt. Das ist doch aber ein Wider-
spruch. Entweder trägt das Ausland den Zoll oder die Land-
wirtschaft trägt ihn, aber beides zusammen kann doch nicht sein.
(Sehr richtig! links.) Graf Mirbach hat eine höfliche, seiner Er-
ziehung als Kavalier entsprechende Rede gehalten. (Heiterkeit.)
Man hat unserer Regierung vorgeworfen, daß sie sich auf den ru-
mänischen Generaltarif eingelassen hat, da derselbe ein Kampfsoll-
tarif sei. Die Regierung hat aber diese Ansicht schon widerlegt.
Für unsere Industrie ist der rumänische Vertrag von höchster Be-
deutung. (Redner verliest ein ihm aus Oberösterreich zugekommenes
Telegramm, worin die hohe Bedeutung des Vertrages für Ober-
österreich betont wird.) Von den Industriearbeitern kann mit Sicher-
heit behauptet werden, daß Tausende durch Ablehnung des Ver-
trages brotlos werden, von den landwirtschaftlichen Arbeitern
kann bei Annahme des Vertrages auch nicht annähernd ein Gleiches
behaftet werden. Trotzdem wir bereits länger als ein Jahr ru-
mänien ermäßigte Zölle zugestanden haben, ist die Einfuhr rumä-
nischen Getreides doch seitdem gestiegen. Wird die Einfuhr rumä-
nischen Getreides aber auch wirklich verhindert, so geht es auf den
Weltmarkt nach London und drückt von dort aus auf den inlän-
dischen Preis. Auch die Befürchtung des Abg. Schäfer, daß durch
den Vertrag namentlich Bayern mit rumänischem Getreide über-
schwemmt werden würde, ist vom Frhr. von Stumm bereits
widerlegt worden, da das rumänische Getreide seinen Weg nach
Deutschland nicht über die Donau, sondern auf dem Seewege findet.
Die deutsche Industrie ist in ihrem Export auf die Donaufaaten
in hohem Maße angewiesen (sehr richtig! links), und von einer
Erhaltung unserer Exportindustrie hat auch unsere Landwirtschaft
den größten Nutzen. Unsere Zuckerindustrie ferner, an der doch
auch unsere Landwirtschaft theilhaftig ist, ist an dem Export nach
den Donaustaaten ebenfalls sehr interessiert. In erster Prüfung
der für und gegen vorgetragenen Gründe haben meine politischen
Freunde die Ueberzeugung gewonnen, daß kaum jemals eine Re-
gierungsvorlage besser begründet war, als dieser Handelsvertrag.
(Beifall.)

Preussischer Handelsminister Frhr. v. Berlepsch: Wiederholt
ist hier der Nachweis versucht worden, daß die vorgelegten Ver-
träge nicht nur für die Landwirtschaft schädlich, sondern auch für
die Industrie von keinem Nutzen seien, vielmehr ihr sogar Schaden
bringen würden. Dafür berief man sich auf Zuschriften einzelner
Industriellen; doch mußte diese Behauptung aufgegeben werden
gegenüber den Versicherungen der Vertreter unserer Industrie
in den Petitionen seitens des deutschen Reichstages, seitens des
Centralverbandes deutscher Industriellen und anderer Verbände,
und zwar rühren diese Rundgebungen nicht von freihändlerischen Ge-
sinnungen, sondern von den Führern der schützöllnerischen Richtung
in der Industrie, der Eisen-, Baumwollen-, Wolleindustrie her,
den Vertretern derjenigen Industrie, die längst schützöllnerisch
waren, als auf dieser Seite des Hauses (rechts) noch die frei-
händlerische Richtung herrschte. (Sehr richtig! links.) Noch gestern
wurde die Ansicht, daß der Vertrag für die Industrie keinen sehr
erheblichen Werth habe, damit begründet, daß der augenblickliche
Widerstand des österreichischen Imports nach Rumänien durch den
Krieg mit Rußland verschuldet sei. Wenn dieser überwunden
sei, werde die österreichische Industrie wieder ihren alten Markt
einnehmen. Zweifelloso wird das auch der Fall sein, aber wenn
erst einmal eine so kräftige, exportfähige Industrie wie die deutsche
in einem Staat Fuß gefaßt hat, so ist es nicht leicht, sie wieder

herauszubringen. Wir konkurriren auch nicht allein mit Oester-
reich, sondern auch mit England, das für uns um so mehr ins Ge-
wicht fällt, als es dieselben Artikel nach Rumänien importirt wie
wir. Wir dürfen auch nicht vergessen: Rumänien ist ein Land,
das in den letzten 25 Jahren durch eine sparsame und weitsichtige
Regierung sich auf wirtschaftlichem Gebiete außerordentlich ge-
hoben hat. Die Transportgelegenheiten, die Zufuhrwege sind
gebeßert, die Finanzverhältnisse sind geregelt, es besteht ein gutes
Kreditwesen. Rumänien ist für den deutschen Export außer-
ordentlich begehrenswürdig; unsere Ausfuhr dorthin ist von 740
Millionen im Jahre 1881 auf 139 Millionen im Jahre 1891
gestiegen. In diesem Jahre hat sich die Ausfuhr bereits so ge-
steigert, daß sich am Jahresabschluß ein Gesamtexport von deutschen
Waaren von 150 bis 165 Millionen erwarten läßt. Wenn man
meint, bei Ablehnung des Vertrages sei ein Zollkrieg durchaus nicht
die sichere Folge, so weiß ich wirklich nicht, wie man sich die Ent-
wickelung der Dinge in solchen Fällen vorstellt. Die Ablehnung
des rumänischen Vertrages wäre der Ruin unseres Exports,
da können Sie fragen, wen Sie wollen, während die Annahme des
Vertrages eine Schädigung unserer Landwirtschaft nicht zur Folge
hätte. (Widerpruch rechts.) Hier handelt es sich lediglich um die
Beurtheilung einer wirtschaftlichen Maßnahme. Wenn Graf Mir-
bach gestern davon sprach, die konservative Partei stehe zur Reichs-
regierung anders als zur preussischen Regierung, weil erstere einen
Einbruch in die Schutzpolitik, die die konservative Partei auch heute
noch vertritt, gut heiße, so weiß ich darauf hin, daß die Vorlage
der Handelsverträge von den verbündeten Regierungen eingebracht
ist, und daß zu ihnen auch die preussische Regierung gehört, die
aus vollster Ueberzeugung auf den Standpunkt der Reichsregierung
sich gestellt hat. Ich würde eine Politik, die ein Einbruch in die
Schutzpolitik ist, nicht mitmachen. Wir 1879 das Ziel verfolgt hat,
unsere Industrie zu einer großen internationalen Exportindustrie
zu machen, der muß auch jetzt dafür eintreten, jetzt, wo die Gefahr
vorliegt, daß der Export verloren geht, muß er dafür eintreten, daß
er erhalten bleibt, nicht durch eine Veseitigung der Schutzpolitik,
sondern im Wege der Handelsverträge.

Abg. v. Wölz (D.): Die Rede des Handelsministers hat
unsere Anschauungen in keiner Weise geändert. (Zuruf links: Das
haben wir uns gleich gedacht.) Der Schwerpunkt unserer Pro-
duktion muß auf dem heimischen Boden liegen. Der Bund der
Landwirthe ist in seiner Haltung nur noch gestärkt worden durch
die Behandlung, die er hier am 23. und 24. November erfahren
hat. Es sind aus diesen häuerlichen Gemeinden Proteste gegen
diese Behandlung uns zugegangen, in denen zugleich der Freude
Ausdruck gegeben wurde über die gute Vertretung der Landwirt-
schaft im Reichstag. (Redner verliest unter Heiterkeit des Hauses
einige Resolutionen von Zweigvereinen des Bundes der Landwirthe
gegen den rumänischen Handelsvertrag, darunter solche vom nieder-
rheinischen Bauernbund und dem Teltower Verein, in der es unter
anderem heißt: Einig sind wir eingetreten unter der Fahne
Christenthum und Monarchie gegen die Sozialdemokraten für die
Militärvorlage. (Große Heiterkeit.) In einer anderen Resolution
heißt es, daß der Bauer durch die Handelsvertragspolitik zum Pro-
letariat würde. (Lachen links.) Der Reichstanzler hat uns aber
sogar persönlich angegriffen, ich verzichte darauf, ihm hier zu an-
worten. Wir werfen unsere Person in die Schanze und dienen
nur der Sache (Lachen links). Es ist unwar, daß wir illoyal und
demagogisch gehandelt haben; ich habe immer darauf hingewirkt,
daß in unseren Blättern Angriffe gegen die Herren von der Re-
gierung vermieden würden, aber ich habe das aufgeben müssen,
als nach dem 23. und 24. November gerade aus der offiziellen
Presse Artikel kamen, die so maßlos waren, daß sogar ein national-
liberales Mitglied des Bundes der Landwirthe uns schrieb, unsere
Kampfsweise wäre ein Zephyr gegenüber dem Sturmhauch in der
offiziösen Presse. Wir haben auch genug Material zur Begrün-
dung unserer Forderungen geliefert. Es mögen darunter Fehler
gewesen sein, aber die Regierung giebt auch nicht immer fehler-
loses Material. Bei den landwirtschaftlichen Wählern, die zum
Bunde der Landwirthe gehören, herrscht das volle Vertrauen, daß
diejenigen, welche vor der Wahl freiwillige Versicherungen gegeben
haben, diese erfüllen und nicht sophistische Auslegungen machen.
Vorwärts schöpft denn Frhr. v. Marschall den Verdacht, daß der
Bund der Landwirthe nicht gewußt hätte, daß es sich bei diesem
Vertrage nur um eine Ermäßigung der Zölle, um eine Veseitig-
ung des Zollprovisoriums, und nicht um eine Abschaffung der
Zölle handelte? Dieser Punkt ist von uns oft genug wiederholt
worden. Wenn unser Blatt illoyal vorgeht, dann sind ja die Ge-
richte da. Die Blätter aller politischen Parteien haben schon mit
dem Staatsanwalt zu thun gehabt, wir noch nicht. (Lachen links.)
Unsere Agitation muß schärfer werden mit dem Momente, wo auch
von anderer Seite schärfere Mittel angewandt werden. Es gehen
Gerüchte um über eine anderweitige Regelung der Zuckerprämien,
über Aufhebung des Identitätsnachweises, womit auf die Mit-
glieder des Bundes im Osten ein Druck geübt werden sollte, aber
alle Mitglieder des Bundes aus dem Osten waren der Ansicht, daß
sie von diesen Fragen jetzt nichts wissen wollen, sie wollen keinen Vor-
theil vor anderen Landwirthen haben. Der Reichstanzler hat unter
Betonung seines Wohlwollens für die Landwirtschaft das Rentengüter-
gesetz erwähnt. Wir sind ihm dankbar dafür, aber es ist doch kein
Gesetz, das der Landwirtschaft auch nur einen Pfennig mehr Rente
bringen kann. (Große Heiterkeit.) Wir sind nicht Gegner der
Reichsregierung überhaupt, sondern nur ihrer Wirtschaftspolitik.
Das Wort „demagogisch“ paßt durchaus nicht auf uns. Sollen
wir etwa die Bearbeitung der Waffen und das Recht, uns an die
Majoritäten zu wenden, nur den Sozialdemokraten belassen? Wir
werden stets eintreten für die Majestät des Thrones und die
Autorität des Staates. Aber ob nicht die Autorität des Staates
untergraben wird, wenn wir einen Vertrag annehmen, der gerade
den Stand schädigt, der jene Autorität hochhält, lasse ich dahin-
gestellt. Seit Gründung des Bundes haben wir genug gethan und
vielfach mit Erfolg gewirkt z. B. bezüglich des Futtermittelstandes. Die
wirtschaftliche Depression besteht nicht in allen Getreide exportir-
enden Ländern, in Rußland wenigstens nicht, denn nach den
neuesten Depeschen ist die Messe in Moskau-Kowgorod vortreflich
verlaufen. Die Depression besteht nur da, wo die Industrie hoch

entwickelt ist. Bisher haben wir die Solidarität zwischen Land-
wirtschaft und Industrie betont, aber durch die Handelsverträge
wird dieses Kartell durchbrochen. Die Viehseuchenkontrolle ist eine
durchaus ungenügende, das beweist mir ein Vieh, der die
Art der Einfuhr russischen Viehs befreit. Die Händler
sind schlauer als die Beamten und können diese leicht
täuschen. Die Handelsvertragspolitik hat dazu geführt, daß die
deutsche Viehausfuhr seit 2 Jahren von 135 auf 25 Millionen ge-
sunken, die Vieheinfuhr dagegen seit 1885 von 142 Millionen auf
245 Millionen gestiegen ist. Durch die Handelsvertragspolitik und
die Erleichterung der Vieheinfuhr hat die deutsche Viehwirtschaft einen
Schaden von 200 Millionen erlitten. (Große Heiterkeit links.)
Abg. Richter: Schöne Nationalökonomie! Der rumänische
Vertrag zieht notwendig den russischen Vertrag nach sich. Wir
können aber keinem Vertrage zustimmen, der die Landwirtschaft
noch weiter schädigt, der auf die Währungsfrage und auf das
Goldagio keine Rücksicht nimmt, der unser Schutzsystem durchbricht;
wir können ihn schließlich nicht annehmen mit Rücksicht auf den
kommenden Vertrag mit Rußland. Nehmen Sie den Vertrag ab,
Sie werden dadurch den Stand stärken, der das beste Fundament
für Thron und Vaterland ist. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Frhr. v. Marschall: Der Vorredner hat es
unterlassen, die Richtigkeit seiner Behauptungen zu beweisen. Er
nimmt eine falsche Prämisse an, daß der Vertrag die Landwirt-
schaft schädigt. Man darf sich nicht mit Telegrammen und Zu-
schriften begnügen, denn die bilden keinen Beweis. Die Frage der
Ermäßigung des Zolls kann von verschiedenen Gesichtspunkten aus
betrachtet werden, je nachdem es sich darum handelt, den Zoll zum
ersten Male zu ermäßigen, oder darum, einen für andere Staaten
bereits ermäßigten Zoll, im Wege der Meistbegünstigung anderen
Staaten zu gewähren. Man vergißt, daß wenn wir in letzterem
Falle einem Staate die Ermäßigung verweigern, dieselbe Quantität
Getreide zu demselben Preise aus einem anderen Staate kommen
würde. (Sehr richtig! links, Unruhe rechts.) Sie würden doch
Rumänien als Konkurrenten nur verlieren, wenn nach Ausschluß
des rumänischen Getreides vom deutschen Markt jenes Getreide in
Rumänien selbst verzehrt würde; das ist aber nicht der Fall. Dieses
Getreide geht vielmehr auf den Weltmarkt, und die Folge ist, daß
von dort aus der Preis unseres Getreides gedrückt wird. (Sehr
richtig! links.) Die Rumänen bringen ihr Getreide dort an, wo es
nicht differenziell behandelt wird, und dafür wird nach Deutschland
andere Getreide gebracht. Jeder Kenner der Verhältnisse wird
sagen, wenn er diese Behauptung bestreitet hört. Die Rumänen
haben allerdings ein sehr großes Interesse daran, daß sie uns ihr
Getreide theurer verkaufen können, statt daß sie gezwungen sind,
auf dem Weltmarkt zu verkaufen. Uns aber kann es
doch gleichgültig sein, ob das Getreide aus dem einen oder anderen
der meistbegünstigten Länder kommt. Redner theilt mit, daß die
Statistik beweist, daß weit mehr Getreide Donauaufwärts als
Donauabwärts geschafft wurde. (Hört, hört! links.) Nach genauer
Berechnung betragen die Transportkosten für rumänisches Ge-
treide auf dem Seewege und von da nach Mannheim 26 M. pro
Tonne, während der Transport Donauaufwärts bis Regensburg
32 M. kostet. (Hört, hört! links.) Gegenüber dem Grafen Mirbach
betone ich nochmals, daß bei Annahme des Handelsvertrages Tausende
von armen Arbeitern brotlos werden. (Hört, hört! links.) Sie
haben gestern gehört, daß es in Sachsen Fabriken giebt, die aus-
schließlich für den Export nach Rumänien arbeiten. Wenn Sie die
verbündeten Regierungen zwingen, die wirtschaftlichen Beziehungen
mit dem uns auch politisch verbündeten Rumänien abzubrechen, so
wird sich der tertius gaudens bald finden, das ist die ausländische
Industrie, und dann werden die deutsche Landwirtschaft, die
deutschen Arbeiter das Nachsehen haben. Ich bitte Sie, vermeiden
Sie das. (Beifall links.)

Abg. Dr. v. Bennigsen (nl): Ich bemerke vorweg: Eine
Anzahl meiner politischen Freunde beabsichtigt, den Vertrag abzu-
lehnen. Was Herr v. Wölz über den Bund der Landwirthe gesagt
hat, könnte mir Veranlassung zu allerlei Erwiderungen geben. Das
will ich vermeiden, weil ein Theil meiner Freunde dem Bund an-
gehört. (Lachen links.) Ich weiß nicht, weshalb Sie lachen. Es
ist aus der Geschichte meiner Partei bekannt, daß wir auch land-
wirtschaftliche Interessen vertreten. Denn die Landwirtschaft ist
einer der wichtigsten, vielleicht der wichtigste Faktor des Staatsle-
bens. Die Landwirtschaft hat sich mit gutem Recht befreit, sich
ebenso zu organisiren, wie es die Arbeiter und andere Interessen-
kreise längst mit Erfolg gethan haben. Da man jedoch diese Be-
freibungen Jahre lang hier im Reichstage mit Spott und Hohn
bekämpft hat, ist es nicht verwunderlich, daß dadurch in den Kreisen
der Betheiligten Verstimmlung entstanden ist. Wir sollten uns doch
daran gewöhnen, daß wir, wie wir die politischen Parteien ertra-
gen, auch die wirtschaftlichen Interessen zu ertragen lernen. Von
dem eigentlichen Inhalt des rumänischen Vertrages ist seitens seiner
Gegner herzlich wenig gesprochen worden, und der Nachweis, daß
er der Landwirtschaft irgend einen Schaden zufügen werde, ist
weder geführt, noch überhaupt ernsthaft angestrebt. Die Gegner des
Vertrages haben die Frage auf ein anderes Gebiet hingeworfen, sie
haben die Handelsverträge überhaupt angefochten und den möglichen
Vertrag mit Rußland bekämpft. Um beides handelt es sich hier
nicht und kann es sich nicht handeln. Der ökonomische Vertrag
ist doch hier mit ganz überwiegender Majorität angenommen
worden. (Abg. v. Kardorff: Im vorigen Reichstag.) Unter
den 243 Stimmen für den Vertrag befanden sich Frhr. v. Man-
teuffel und eine Zahl der angesehensten Mitglieder der konse-
rvativen Partei, die noch heute im Reichstage sind. Damals er-
kannte man an, daß wir nicht wie Frankreich einst zum Schaden
mit einem autonomen Zolltarif gegen die ganze Welt auftraten
könnten, sondern daß wir wieder in die Handelsvertragspolitik
einlenken mußten. Damals haben auch die Herren als einen
wesentlichen Grund für die Annahme des österreichischen Vertrages
angeführt, daß es doch sehr zweifelhaft sei, ob der 5 Mark-Zoll
dauernd aufrecht erhalten werden können und daß dann die
Festlegung des Zolls von 350 M. immerhin ein ansehnlicher und
sicherer Schutz sei. Nun besteht ja keine formelle Sicherheit, daß
der Zoll nicht weiter ermäßigt wird, der Reichstag wie die Reichs-
regierung sind moralisch gebunden, keine weitere Herabminderung

eintreten zu lassen. Wie können wir, nachdem einmal der Zoll von 3,50 M. besteht, die Regierung verhindern, weitere Verträge mit den in Betracht kommenden Ländern abzuschließen, die für die Industrie von der allergrößten Wichtigkeit sind? Ein Versuch, die Ausführungen des Staatssekretärs zu widerlegen, ist überhaupt noch gar nicht gemacht. (Sehr richtig! links.) Die Preisbildung ist ganz unabhängig davon, welcher von den meistbegünstigten Staaten den Teil Weizen, den Deutschland nicht selbst produziert, einführt. Roggen wird in Rumänien verhältnismäßig wenig produziert. Die Gefahr, daß russischer Roggen in Massen über Rumänien zu uns kommt, ist nicht groß. Die Frage der Einfuhr von Roggen kann sich auf den rumänischen Handelsvertrag nicht beziehen, sie könnte nur zur Erörterung kommen bei einem etwaigen Vertrage mit Rußland. Das landwirtschaftliche Interesse ist ein hochbedeutendes, und wir haben es gesehen, daß da, wo das landwirtschaftliche Interesse zurückgesetzt wird, zu Gunsten der Industrie, wie in England, die Landwirtschaft zu Grunde geht. Darum halte ich die Bestrebungen zur Hebung der Landwirtschaft für durchaus berechtigt, und ich wünsche Ihnen allen Erfolg, wenn sie sich in angemessener Form bewegen. Wir müssen alles dran setzen, der Landwirtschaft ihre Stellung aufrecht zu erhalten. Das kann aber nur gelingen durch planmäßige Zueinandergrreifen von Verwaltung und Gesetzgebung. Wenn es solche Maßnahmen zum Schutze für die Landwirtschaft gibt, werden Sie (rechts) meine Freunde an Ihrer Seite sehen. Das möchte ich den Herren von der linken Seite zu bedenken geben, daß eine Gesundung unserer Zustände nur erfolgen kann, wenn auch die Landwirtschaft blüht. Die Sozialdemokraten mögen bedenken, daß die Landwirtschaft von größter Bedeutung für die Arbeiter ist. Daß in großen Theilen Deutschlands ein erheblicher Mangel an der Landwirtschaft besteht, ist nicht zu leugnen, aber pessimistische Anschauungen möchte ich doch entgegenstellen. Auch am Beginn der zwanziger und dreißiger Jahre hatten wir ähnliche Zustände, allerdings gab es damals keine so große Konkurrenz wie heute. Nun steht aber zu hoffen, daß der nordamerikanische Export nicht so weiter gehen kann. Denn die Bevölkerung nimmt dort einerseits zu, der Ertrag wegen des vielfach betriebenen Raubbaues ab. Betreffs des Holzes ist ja Amerika schon so weit, daß es einer Einfuhr bedarf. Die Landwirtschaft hat sich erst ziemlich spät eine Interessenvertretung geschaffen, sie funktioniert jetzt zwei Jahren und hat nicht unbedeutende Erfolge gehabt. Sie hält jetzt den Moment für geeignet, um eine Fraktoprobe zu machen. Wenn die Herren auch zu vorsichtig und zu vornehm sind, das hier auszudrücken, Ihre Presse im Lande scheut sich nicht, es auszusprechen; sie sagt, man solle doch zeigen, daß man ein starker Faktor sei, dem die Regierung Konzessionen machen müsse. Im Lande herrscht eine Mißstimmung und nun will man sie auf irgend eine Weise beruhigen. „Es rasi der See und will sein Opfer haben.“ Es ist mir oft von vielen Herren versichert worden, daß sie den Deuten nur entgegengetreten könnten durch ein drastisches Mittel, und dazu wird nun jetzt dieser Vertrag gewählt. Bloßen Stimmungen aber und Bestimmungen, dunklen Empfindungen der großen nicht immer richtig belehrten Masse sollte ein Reichstagsabgeordneter sich schenken, nachzugehen. Früher sagte man die Aufgabe eines Volksvertreters doch anders und höher auf als jetzt; das Ansehen, welches der Reichstag früher gehabt hat, besitzt er heute nicht mehr. (Große Unruhe rechts.) Das liegt zum Theil in der übermächtigen Gestalt und Wirksamkeit des ersten Reichskanzlers, die so mächtig war, daß ein Parlament die natürliche Stellung, die ihm gebührt, nur schwer hat erhalten können. Wenn das ein Hindernis war, so ist ein noch viel schwereres Hindernis die arme Parteierspaltung, die wir für keine fortlaufende Politik eine Mehrheit vorhanden ist, auch nicht in diesem Reichstage. Ein durchgehender Zug, auf den sich das Volk stützen, auf den die Regierung rechnen kann, fehlt. Es würde ein ungeheurer Schaden entstehen, wenn ein Interesse sich geltend machen würde auf Kosten aller anderen Interessen. Die Landwirtschaft hat von dem Vertrage keinen Schaden. (Widerspruch rechts.) Die Bälle vertheuern doch die Lebensmittel. Glauben Sie nun, daß die Landwirtschaft auf die Dauer die Stärke haben wird, gegenüber der mächtigen Arbeiterbewegung und gegenüber der Industrie eine solche Position aufrecht zu erhalten? Nein, wenn wir in Deutschland eine nachhaltige Vertretung der einzelnen wirtschaftlichen Interessen haben wollen, dann muß das Zusammenwirken von Landwirtschaft und Industrie die Grundlage dazu geben. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.) Diese Grundlage ist von der Landwirtschaft, ich will nicht sagen leichtfertig, aber ohne genügende Gründe preisgegeben worden. Durch die Politik Ende der 70er Jahre ist die Uebereinstimmung zwischen Industrie und Landwirtschaft herbeigeführt worden. Wir verdanken ihr sehr viel. Wollen Sie sich damit unnötiger und leichtfertiger Weise, möchte ich sagen, in Konflikt bringen? Wollen Sie ganz einseitig vorgehen? Ist es wirklich eine Privatpolitik, wenn die Industrie sagt: die 120 Millionen, die der deutsche Export nach Rumänien repräsentiert, müssen wir konservieren, auch schadet der Vertrag nichts, uns würde aber dessen Ablehnung schaden? Das sollten doch diejenigen von Ihnen, die die wirtschaftlichen Verhältnisse verstanden haben, einsehen, welche Bedeutung es hat, daß unsere Industrie gerade in den rasch sich entwickelnden Balkanstaaten festen Fuß faßt. Und das, was wir bisher dort erreicht haben, sollen wir gütwillig preisgeben? Wir müssen uns dieses Abgabegbiet sichern, denn von Jahr zu Jahr wird der Export nach Amerika schwieriger werden, weil sich Amerika immer mehr zum Industriestaat entwickelt. In einem Augenblick, wo die internationale Sozialdemokratie sich verbreitet und im Hintergrunde der Anarchismus — (Lachen und Zurufe bei den Sozialdemokraten) — wollen Sie (zu den Sozialdemokraten) etwa das Verbrechen, das in Paris verübt worden ist, beschönigen? Ich habe allerdings mit Verwunderung im „Vorwärts“ gelesen, daß man der Sache keine große Bedeutung beizumessen habe, es wäre eigentlich keine richtige Bombe gewesen, es wäre nicht genügend Munition drin gewesen. Keine Lobte, nur einige Verwundeten habe es gegeben. (Abg. Liebknecht: Was hat das mit dem rumänischen Handelsvertrag zu thun? Glorreich des Präsidenten. Präsident v. Bismarck: Ich habe selber darüber zu bestimmen, ob etwas zur Sache gehört oder nicht.) Ich würde das nicht ausgeführt haben, wenn Sie mich nicht mit rohem Gelächter unterbrochen hätten. — Wenn wir mit solchen Dingen in Europa zu thun haben, da sollten die besitzenden Klassen vor allem das Bedürfnis empfinden, einig zu sein und ihre Interessen gegenseitig zu schonen, statt sie zu vernichten. (Beifall.)

Abg. Virchow (Reformpt.) erklärt sich gegen den Vertrag; die verbündeten Regierungen müßten die Landwirtschaft berücksichtigen, da der Bauernstand der beste Stand im Staate sei.
Abg. Dr. Schönlank (Soz.): Meine Partei mißbilligt derzeit jedoch jede Erklärung zu provozieren, dazu scheint mir kein Anlaß vorzuliegen. Abg. v. Bennigsen hat sich nicht begnügt, die Zueinstimmungsgemeinschaft von Agrariern und Industriellen in den Vordergrund zu rücken, er hat auch das rothe Gespenst heraufbeschworen. Wenn die Agrarier sich jetzt gegen die Verträge aussprechen, so wollen sie weiter nichts als ihre Privilegien schützen. Herr v. Bismarck meinte, daß, wenn die Landwirtschaft nicht geschützt werde, Thron und Altar wankten. Es muß traurig um die Stützen von Thron und Altar bestellt sein, wenn sie schon bei 1,50 M. Zollermäßigung schwanken. (Heiterkeit.) Dem Grafen Mirbach spreche ich die Legitimation ab, für die Interessen der landwirtschaftlichen

Arbeiter einzutreten. (Lachen und Widerspruch rechts.) Sie drücken die Löhne und verschlechtern die Lage der Arbeiter. (Unruhe rechts.) Die 12 Millionen landwirtschaftlicher Arbeiter des Grafen Mirbach sind eine Illusion. Der Erlaß des Grafen Eulenburg hat Ihnen ja gezeigt, daß die Sozialdemokratie immer mehr auf dem pflanzenden Lande Fuß faßt. Bei der letzten Wahl sind in Mecklenburg, wo doch meist Landwirtschaft getrieben wird, 29 Prozent aller abgegebenen Stimmen sozialdemokratisch gewesen. Die Depeche, die aus Teltow gegen den Handelsvertrag an Herrn v. Bismarck gelangt sein soll, steht im Widerspruch mit der Thatsache, daß die Bauern in Teltow einen Sozialdemokraten mit erdrückender Majorität in den Reichstag gewählt haben. Ein großer Theil der Landwirthe hält sich nur durch die Liebesgaben, und wir haben gar kein Interesse daran, das Junkerthum zu schützen. Die kleinen Junker gehen zu Grunde, weil sie vom Großkapital verdrängt werden, sie gehen zu Grunde, weil sie sich nicht einschränken können. Schon vor 300 Jahren hat sich die Reichsritterschaft nicht gegen die Kaufleute halten können. (Gelächter rechts.) Treiben Sie (nach rechts) es so weiter, dann stellt sich die Industrie auf die Hinterbeine und macht gegen die Agrarier Front. Der Bund der Landwirthe hat zwar große Reden und Resolutionen in die Welt gesetzt, aber der Centralverein deutscher Industrieller versteht zu handeln. Wenn der Freiherr v. Stumm und Herr Krupp Ihnen den Fehdehandschuh hinwerfen, so werden Sie trotz Ihrer Ritterlichkeit in den Sand gesetzt werden. (Heiterkeit.) Es wird aber auch eine Agitation der großen Masse von Industriellen und Konsumenten entstehen, die Ihnen viel gefährlicher werden könnte als die Reduzierung des Zolles um 1,50 M. Und der rumänische Vertrag reduziert nicht einmal den Zoll. Es wird absichtlich unter den Bauern verbreitet, als ob es sich um eine Herabsetzung des Zolles handelte und nicht um die Befestigung eines Zustandes, der schon seit einem Jahre Geltung hat. (Widerspruch rechts.) Das wissen Sie nicht. Bitten Sie doch, daß die „Kreuz-Zeitung“ das bekannt macht. (Heiterkeit.) Eine machtvolle Arbeitervertretung wird Ihnen zeigen, daß das Volk nicht schweigend zusehen wird, wie die Lebensmittel stetig verteuert werden. Sie, die Sie für den sozialen Frieden eintreten, sollten doch dafür sorgen, daß die Erbitterung unter der arbeitenden Bevölkerung nicht noch mehr steigt. Sie aber sind es, die anstatt dessen den Massenhaß erregen. Wir haben gerade genug des Junkerübermuths, der sich noch niemals so breit gemacht hat wie heute. (Unruhe rechts.) Es ist derselbe Uebermuth, wie er vor der französischen Revolution bestand. Es ist Ihnen die Grundsteuer erlassen worden, die Reichsunmittelbaren haben die Liebesgabe und sind doch nie, nie zufrieden. Mit Bezug darauf hat ja der Finanzminister Miquel zu einer Zeit, wo er noch nicht die politischen Masern gehabt hat (Heiterkeit), nämlich 1887 in Frankfurt a. M. gesagt: in Zukunft heißt es, nicht Individualismus, sondern Gemeinschaft gewinnt. Die Frage ist: wollen Sie der oben und bloßen Selbstsucht der Agrarier wieder eine Konzession machen oder das allgemeine Wohl schützen? Wir stimmen für den Handelsvertrag, weil wir das Letztere wollen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fürst Radziwill (Pole): Wir haben uns nicht überzeugen können, daß vitale Interessen der Landwirtschaft durch den rumänischen Handelsvertrag in der Weise verletzt werden, daß wir ihn ablehnen müßten. Wir halten uns auch nicht berufen, durch ein ablehnendes Votum zu einer Verschärfung der politischen und ökonomischen Krisis beizutragen. Wir müssen aber dabei hervorheben, daß unter der Landbevölkerung in den polnischen Landes-theilen eine große Beunruhigung wegen der etwaigen vermehrten Einfuhr ausländischen Getreides herrscht. (Hört! hört! rechts.) Darum bitte ich die Regierung, alle diejenigen Fragen, welche aus kompetenten Kreisen als Mittel zur Beseitigung der jetzigen Depression angeregt werden, nicht bloß einer eingehenden Würdigung, sondern auch einer thatkräftigen Förderung entgegen zu führen.

Abg. Gräfe (Antik. Ref.) polemisiert gegen die Ausführungen des Abgeordneten Buddeberg über die Lage der Landwirtschaft in der Oberlausitz. Die Verhältnisse seien dort ganz ungünstig. Die Kaufkraft der Bauern sei völlig geschwunden in Folge der Handelsverträge. Wir haben auch ein Herz für die Industrie, das werden wir bei den Steuerverträgen beweisen. Einer der größten Industriellen der Oberlausitz, ehemals nationalliberaler Abgeordneter, ist hier seit einigen Tagen und macht im Foyer Stimmung für die Handelsverträge. Die Industrie kann sich neue Abgabegbiete suchen, aber der Bauer ist gezwungen, auf seiner Scholle zu bleiben. Von freiständiger Seite führt man immer das Exportgeschäft an. Wir können nicht unsere ganze Handelspolitik auf das Exportgeschäft basieren. Der Reichskanzler hat hier den Geist Fichtes und Ernst Moritz Arndts herausgesprochen. Die Politik des Reichskanzlers hat mit dem Geist eines Fichtes nichts zu thun, der sagte: in einer Zeit, wo nicht einmal der Jude von Haus und Hof verjagen. Ich komme zum Schluß. (Beifall.) Wenn Sie wünschen, kann ich noch eine Viertelstunde weiter reden. (Heiterkeit.) Die deutsche Landwirtschaft, die Nährerin des Volkes, muß geschützt werden. Nehmen Sie deshalb den Vertrag ab, dann machen Sie dem deutschen Volke das schönste Weihnachtsgeschenk.

Abg. Kröber (libd. Vp.) bei der im Hause herrschenden großen Unruhe auf der Tribüne fast unverständlich) giebt namens seiner Partei die Erklärung ab, daß diese für den rumänischen Handelsvertrag stimmen werde.

Abg. Lutz (bl.): Die deutsche Landwirtschaft kann nur bestehen, wenn sie einen Markt hat, wo sie einen genügenden Preis erzielt. Die Aussicht auf eine Abnahme des amerikanischen Getreideexports ist ein Wechsel auf die Zukunft, der uns jetzt nichts nützt. Die Solidarität zwischen Landwirtschaft und Industrie ist durch die Handelsvertragspolitik durchbrochen worden, denn die Industrie hat dabei gewonnen, die Landwirtschaft gelitten. Wir halten den rumänischen Vertrag für schädlich. Die Herabsetzung der landwirtschaftlichen Schutzölle halten wir für ein nationales Unglück. (Beifall rechts.) Die Existenz der Landwirtschaft ist bedroht. Das beweist der Umstand, daß alle Bauern aus dem Osten, Westen, Süden sich dagegen erklären. Der Bund der Landwirthe macht kein Stimmungsbild, sondern ist selbst ein Stimmungsbild. Wir müssen uns selber helfen, seitdem der große Mann, der volles Verständnis für die Landwirtschaft zeigte, nicht mehr an der Spitze steht. Man sagt mir sollen den industriellen Arbeiter nicht vergessen. Auch der deutsche Bauer ist ein Arbeiter. (Beifall rechts.) Was hat die deutsche Landwirtschaft davon, wenn die Arbeiter amerikanischen Weizen verzehren? Daß nur wenig Getreide bisher über die Donau ging, lag daran, daß wir ausreichende Schutzölle hatten. Wenn das aufhört, wird das anders werden, zumal nach der Regulierung des Eisernen Thores. Ich kann Sie nur bitten, den Vertrag abzulehnen. (Beifall rechts.)

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Die verbündeten Regierungen haben ein sehr lebhaftes Interesse für die Landwirtschaft; aber wie weit sind sie in der Lage, das Interesse überhaupt zu befähigen? Als sie die Handelsverträge mit Oesterreich und der Schweiz einbrachten, haben sie gethan, was damals ein erheblicher Theil der Landwirtschaft für zulässig hielt. Seit der Zeit steht die Landwirtschaft nicht mehr vor der Gefahr, daß die Bälle einmal plötzlich befeuert werden. Nichtsdestoweniger hat die Noth der Landwirtschaft dazu beigetragen. Die Frage des 3,50 Mark-Zolles so zuzupolieren, daß nahezu die ganze Landwirtschaft von dieser Frage hypnothisiert ist. Sie hören und sehen nichts mehr als

3,50 M. (Sehr wahr! links.) Nun richtet sich aber der ganze Schmerz der Landwirtschaft gegen das Reich und den Reichskanzler. Was kann ich aber anfangen? Artikel 4 der Reichsverfassung setzt die Materien fest, die zur Kompetenz des Reichs gehören, darunter findet sich die Landwirtschaft nicht; nur das Veterinär- und Medizinalwesen ist erwähnt. Wie kommt man also dazu, den verbündeten Regierungen und dem Reichskanzler zuzuschreiben, daß er durch Unterlassungssünden die Landwirtschaft schädige. Das Reich wird bei der weiteren Entwicklung der Dinge, in denen etwas für die Landwirtschaft gethan werden kann und muß, nur theilhaftig sein innerhalb der Grenzen, die die Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch sich gesteckt hat. Dies betrifft eine andere Gestaltung des Schulden- und Rentenwesens des Auerbachs, der Abfindung der Miterben, Fragen von großer Tragweite und Bedeutung, die aber in ihrer Lösung erst in Jahren wirken werden. Alles andere ist Sache der Einzelregierungen. Ich weiß ja sehr gut, ich bin la tête noire für viele geworden, ich scheue das aber nicht; ich muß innerhalb der Grenzen bleiben, die mir gesetzt sind. Was wird nun, wenn diese Verträge abgelehnt werden? Zunächst wird zweifellos die Folge davon sein, eine Schädigung des Ansehens des Reiches im Auslande. (Uebhafte Zustimmung links.) Die verbündeten Regierungen können aber in ihrem Ansehen nicht geschädigt werden, ohne daß das Reich in Mitleidenschaft gezogen wird. Die verbündeten Regierungen werden aber geschädigt, wenn Verhandlungen, die auf ihr Geheiß begonnen worden sind, am Widerstand des Reichstags scheitern, an einem Widerstand, der so wenig sachlich motiviert ist. (Sehr richtig! links.) Man kann uns sagen: wenn ihr die Gefahr vorhergesehen habt, warum wart ihr nicht vorsichtiger? Wenn wir einmal provisorisch den Konventionaltarif hatten, so ist das die Voraussetzung gewesen, daß, wenn nicht ganz besondere Umstände eintreten, weitere Maßnahmen folgen. Darüber ist 1891/92 kein Zweifel gewesen. Wir waren um so mehr berechtigt, zu glauben, daß wir in diesem Reichstage auf eine andere Stimmung rechnen könnten, als ein nicht unerheblicher Theil der Führer der Agrarier damals mit uns gegangen war. Den Vorwurf, daß die verbündeten Regierungen etwa zu leicht sich in Verhandlungen begeben haben, muß ich zurückweisen. Und wenn durch die Verhandlungen eine Schädigung des Ansehens des Deutschen Reiches herbeigeführt wird, so muß ich dieses Resultat von den verbündeten Regierungen ab- und denen zuschreiben, die gegen die Verträge stimmen. Aber abgesehen von diesem Schaden, der uns im Ausland geschehen wird, haben die verbündeten Regierungen eine sehr lebhaft empfundene von der Größe des Schadens, der durch Ablehnung der Verträge unserem wirtschaftlichen Leben zugefügt wird. Gleichviel ob 70 000 oder 40 000 Arbeiter brotlos werden, uns sind selbst 40 000 Arbeiter gleichgültig. Ich kann nicht eben so denken wie Graf Mirbach, der sagte, es sei egal, ob 50 000 oder 15 000 Arbeiter geschädigt würden. Ich wiederhole, die verbündeten Regierungen sind in diese Politik mit vollem Bewußtsein eingetreten. Wir waren genötigt, um bei einer jährlich um $\frac{1}{4}$ Million steigenden Bevölkerung mehr Menschen auf unserm Boden ernähren zu können, Maßnahmen zu treffen. Die Landwirtschaft kann aus dem Boden zwar mehr Früchte erzielen, als sie es bisher gethan hat, aber ein Plus von $\frac{1}{4}$ Million Menschen jährlich mehr zu ernähren ist sie außer Stande. (Sehr richtig! links.) Das konnte nur durch die Industrie geschehen, ihr mußte der Export erhalten bleiben, ihr mußten Auswege geschaffen werden. Und die Frage, ob wir Waaren oder Menschen exportieren sollen, entscheiden wir nach der Richtung, daß wir unsere Landleute lieber im Lande behalten. (Beifall links.) An diesem Standpunkt werden die verbündeten Regierungen unentwegt festhalten, die verbündeten Regierungen lehnen es gleichzeitig auf das Bestimmteste ab, die Verantwortlichkeit für das, was nach Ablehnung des Vertrages kommt, zu tragen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Sigel (b. l. Fr.) erklärt sich gegen den rumänischen Vertrag, der eine Ueberfluthung Bayerns mit rumänischem Getreide zur Folge haben werde. Wer von den Bayern für den Vertrag stimmt, ist ein gemachter Mann (Heiterkeit), der kommt nie wieder in den Reichstag. Verdienen die Bayern nicht ebenso viel Berücksichtigung wie die industriellen Arbeiter? Wir haben in Bayern schon so viel für das Reich gethan, daß uns nichts mehr zu thun übrig bleibt. Wir sind in Bayern schon so weit, daß uns am Ende nichts mehr übrig bleibt, als uns einen preussischen Oberpräsidenten zu holen. (Heiterkeit.) Die Diskussion wird geschlossen.

Persönlich bemerkt
Abg. Graf v. Mirbach: Der Reichskanzler hat mir vorgeworfen, daß ich es als gleichgültig hingestellt habe, ob 50 000 oder 150 000 industrielle Arbeiter brotlos würden. Diese Bemerkung habe ich nicht gemacht.

Reichskanzler Graf v. Caprivi bemerkt, daß er die Aeußerung dem Berichte einer parlamentarischen Korrespondenz, die er für zuverlässig halte, entnommen habe, und verliest die betreffende Stelle.

Abg. Graf v. Mirbach entgegnet, daß bei einem so schweren Vorwurf der Reichskanzler sich die Mühe hätte geben müssen, das korrigirte Stenogramm oder den Bericht in der „Kreuzzeitung“ anzulehen.

Die durch das Eingreifen des Reichskanzlers wieder eröffnete Debatte wird sofort wieder geschlossen.

Die Abstimmung über Artikel I des rumänischen Vertrages ist eine namentliche.

Artikel 1 des rumänischen Vertrages wird mit 189 gegen 165 Stimmen angenommen. (Das Resultat der Abstimmung wurde auf der linken mit lebhaftem Beifall angenommen.)

Da für r stimmten geschlossen die Sozialdemokraten, die Freisinnige Volkspartei, die Süddeutsche Volkspartei, die Freisinnige Vereinigung, die Polen, der größere Theil der Nationalliberalen und des Centrums und von der Reichspartei Krupp, Graf von Moltke, Müller (Hamburg), Dr. Schulz-Dupla, Freiherr v. Stumm und von den Konservativen Fürst Hohenlohe-Schillingensfürst und Bühlmann.

Da gegen stimmten die Konservativen und die Reichspartei bis auf die oben genannten Ausnahmen und vom Centrum die Abg. Abichler, Bäurle, Brandenburg, Brudmann, Bürger, Conrad, Dieden, Ed, Euler, Frank (Rathbor), Graf v. Galen, Hartmann, Haus, Frhr. v. Heereman, Horn, Hubrich, Kehler, Klose, Krebs, v. Lama, Lehmann, Vehmner, Dr. Marcour, Nedermann, Rejold, Rlingen, Reindel, Rembold, Dr. Rudolphi, Dr. Schäbler, Schmidt (Immenstadt), Schmidt (Waburg), Schöpf, Steininger, Stöder, Wattenberg, Weber (Bayern), Wenzel, Willebeger, Wilsberger; von den Nationalliberalen die Abg. Bayerlein, Blankenhorn, Fink, Günther, Dr. Hahn, Frhr. Heyl zu Hermersheim, Hölke, Hofang, Münch-Kerber, Graf v. Orlova, Scherwede, Walter, Weber (Heidelberg), Wiefide.

Auch der Rest des Vertrages wird genehmigt. Hieran verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Novelle zum Invalidenpensionsgesetz. Zweite Beratung des spanischen und serbischen Handelsvertrages; kleinere Vorlagen; Wahlprüfungen.)
Schluß 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.]

Deutschland.

□ **Berlin, 13. Dez.** [Aus dem Reichstage.] Mit lautem wiederholten Bravo links wurde das Ergebnis der Abstimmung über den rumänischen Handelsvertrag angenommen. 189 gegen 165 Stimmen, das ist ein Sieg, auf den zu hoffen man bis zuletzt nicht gewagt hatte. Eine schwer zu beschreibende Stimmung wachsender Erregung lagerte heute über dem Reichstage während der 5½ Stunden, die diese denkwürdige Sitzung dauerte. Wobin sich die Waage neigen sollte, Niemand wusste es mit Zuverlässigkeit zu sagen. Berechnungen, die auf persönlicher Befragung von vielen Duzenden von Abgeordneten beruhten und deren gegenseitiger Austausch alsdann eine gewisse Grundlage hergeben konnte, schlossen stets damit, daß die Entscheidung dunkel bleibe. Eine Zeit lang schien es, als würden die Gegner des rumänischen Handelsvertrages die Stärkeren sein. Daraufhin wurde von den Freunden des Vertrages unter der Hand vereinbart, eine Vertagung der Debatte herbeizuführen, damit bis morgen einzelne Säumige noch herbeigeholt werden könnten. Eine Stunde später sah sich die Situation wieder hoffnungsvoller an, und da Süden auch rechts und im Zentrum, also unter den Gegnern, bemerkbar waren, so schien sich das Manko dort wie hier auszugleichen, und die Meinung war bei Freunden und Gegnern, daß es des Redens nun wohl genug sein könne, und daß man abstimmen möge. Entmutigend hatte beim Beginn der Sitzung gewirkt, daß die Zahl der Gegner im Centrum so bedeutend gewachsen erschien. Die gestrige Abenddiskussion der Centrumsfraktion hatte ergeben, daß wohl zwei Drittel gegen und nur etwa 35 Centrumsmitglieder für den rumänischen Handelsvertrag stimmen würden. Auch unter den Nationalliberalen sollte die Zahl der Gegner gewachsen sein. Der heutigen Debatte konnte man die starke Nervosität des Hauses anmerken. Es waren, bis auf die Beningnische Rede, gewiß keine Höhepunkte der Beredsamkeit, zu denen sich die Verhandlungen aufschwangen, aber jeder Redner trug gleichsam das Schicksal eines großen Tages in seinen Worten, und da jede Stimme bei der schwankenden Natur der Entscheidung wichtig wurde, so folgte die Aufmerksamkeit des Hauses trotz einer wie Meereswellen brandenden Erregung auch den Ausführungen der Kleinen und Kleinsten unter den Rednern, der Eigenbrödlern, die nur sich selbst vertreten, und die heute in ungewöhnlich reichem Maße zum Worte kamen, wie die Herren Hirschel und Gräfe nebst Sigl. Der Debatte drückten aber nicht diese Reden sondern die des Herrn von Bennigsen dann des Reichskanzlers ihren Stempel auf. Herr von Bennigsen kann diesen Tag zu seinen besten zählen. Was kaum noch möglich schien, das ist ihm gelungen, nämlich aus der zum Ueberdruß durchgesprochenen und Neues kaum mehr darbietenden Materie die Kernpunkte herauszuholen und die große Frage des Für und Wider auf einfache und eindrucksvolle Platten zurückzuführen. Wie gestern schon Herr v. Stumm, so stellte der nationalliberale Führer heute noch eindringlicher und wirksamer die drohende Frage an die Agrarier, ob sie durch die Zerreißung der Gemeinshaft von Industrie und Landwirtschaft etwa einen inneren Krieg herausbeschwören wollten, der notwendig mit ihrer Niederlage endigen müßte. Die sonst so kampflustigen Konservativen wurden still und stiller bei diesen heißen Gewissensfragen, die Herr v. Bennigsen, sonst einer der ruhigsten Redner, mit ungewöhnlich temperamentvoller Belebtheit und Schärfe erhob. So scharf wurde der Redner, daß er vor der hypothetischen Charakterisierung des agrarischen Widerstandes als eines „leichtfertigen“ nicht zurückwich. Noch heftigere aber mußte den Gegnern zu Muthe werden, als sie von Herrn v. Bennigsen foramt wurden, ob sie vielleicht die Verantwortung dafür tragen wollten, daß eine Ablehnung des rumänischen Handelsvertrages das Ansehen des Reiches nach innen wie nach außen aufs Schwerste schädigen werde. Dieselbe Note schlug dann der Reichskanzler in seiner kurzen, von harter innerer Bewegtheit getragenen Rede an. Die verbündeten Regierungen werden nach dem Grafen Caprivi unentwegt an ihrer Handelsvertragspolitik festhalten, und die Verantwortung für die Folgen einer Ablehnung müssen sie der Mehrheit zu. Das Wort „Ausslösung“ wurde nicht gesprochen, aber es steckte in dieser Schlusswendung des leitenden Staatsmannes, und nichts kann gewisser sein, als daß die verbündeten Regierungen den Kampf aufnehmen, einen obstruktionistischen Reichstag nach Hause schicken und die Wähler an die Urne rufen würden, wenn etwa in Zukunft noch geschähe, was heute vermieden worden ist, eine Wahlmiegung nämlich der Handelsvertragspolitik durch eine irreführende Mehrheit, durch eine, wie der Reichskanzler sie nannte „hypnotisirte“ Mehrheit. Aber diese folgenschwere Entschleierung wird der Regierung erspart bleiben. Was die Bedeutung der heutigen Abstimmung ausmacht, das ist, daß sie nur der Form nach allein dem rumänischen Handelsvertrage galt, und daß in Wahrheit gleichzeitig über den russischen Handelsvertrag die Würfel gefallen sind. So lag ist auch der verrathene Agrarier, daß er anerkennt, dieser rumänische Vertrag hätte nicht scheitern dürfen, nachdem das Zugeständnis des Dreieinhalbmarkzolls an Rumänien schon ein Jahr und länger provisorisch gilt. Also der russische Vertrag war und ist gemeint, wenn auf den rumänischen losgeschlagen wird. Das Losgeschlagen hat nichts gebohen, und die Aussichten des russischen Vertrages sind eher bessere denn schlechtere als die des rumänischen. Allenfalls sieht sich die Verantwortung für einen Konflikt mit dem fernem Staate an der unteren Donau noch ertragen lassen. Aber wie ein feiner Blick gegen die Gesamtheit bewusster Abgeordneter, wenn es auf sein Wort allein und zuletzt ankommt, die unabsehbaren Folgen eines Zerwürfisses mit dem Barenreiche auf sich nehmen will, das wagt man kaum sich vorzustellen. Mancher Konservativer, der vielleicht gern gegen den rumänischen Handelsvertrag gestimmt hätte, ist heute denn doch fern geblieben; beim russischen Vertrage wird die Zahl der sich Drückenden noch größer werden. Noch sind wir ja nicht so weit, aber es ist keine Frage, daß die heutige Entscheidung den Abschluß der Verhandlungen mit Rußland beschleunigen wird.

△ **Berlin, 13. Dez.** Vom gestrigen parlamentarischen Abend beim Reichskanzler erfahren wir, daß u. a. auch die Frage einer internationalen Bekämpfung des Anarchismus berührt wurde. Ein konservativer Abgeordneter meinte, daß die vorhandenen Mittel nicht ausreichten, um sich dieses Feindes zu erwehren. Der Reichskanzler war dieser Meinung nicht. Die bestehenden Gesetze, so sagte er, genügen, um den Kampf durchzuführen. Das Gespräch wandte sich sodann verschiedenen wichtigen Fragen der inneren Politik zu, wobei die Handelsverträge wie die Steuerreform gestreift wurden. Graf Caprivi betonte hierbei, daß er glaube, auf die konservative Unterstützung rechnen zu können, weil er die Politik seines kaiserlichen Herrn vertritt.

— Der frühere Bürgermeister von Berlin, der Geh. Regierungsrath Hermann Dunder, ist nach längeren Leiden am Mittwoch in Berlin gestorben. Ein Sproß der bekannten Berliner Familie Dunder, Bruder von Max und Franz Dunder, wurde er am 5. Januar 1817 als Sohn des Kommerzienraths und Buchhändlers Dunder in Berlin geboren. Er erhielt seine Schulbildung in der Privatanstalt des Dr. Bartels und darauf im Frie-

drich-Wilhelms-Gymnasium, das er zu Ostern 1834 mit dem Zeugnis der Reife verließ. Auf der Berliner Universität studierte er die Rechte und Staatswissenschaften, und nachdem er im Jahre 1837 als Auskultator seine amtliche Laufbahn begonnen hatte, bestand er 1839 die Referendarprüfung und kam noch in demselben Jahre als Referendar an das Oberlandesgericht zu Arnberg. Nach vorhergegangener Prüfung am 26. August 1841 zum Ober-Landes-Gerichtsassessor ernannt, trat er auf seinen Antrag 1842 zum Kammergericht über, fungirte einige Zeit als Spezialkommissarius in Belgien und ging 1843 auf Antrag des zum Regierungs-Vizepräsidenten in Posen ernannten Chefs der Generalkommission Grafen v. Zbenitz nach Posen in den Verwaltungsdienst über. Dort bearbeitete er hauptsächlich Kirchenangelegenheiten und wurde etatsmäßiger Justizrat des Schulkollegiums und Konvikts. Am 23. September 1845 wurde Dunder auf zwölf Jahre zum besoldeten Stadtrath von Berlin gewählt, als solcher am 27. November von der Regierung bestätigt und am 7. April des folgenden Jahres in sein Amt eingeführt. Am 7. September 1857 wählte ihn die Stadtverordneten-Versammlung auf weitere zwölf Jahre zum Stadtrath, und am 25. Oktober 1860 zum Syndikus. Zum Bürgermeister wurde Dunder an Stelle Hebe-manns am 4. April 1872 erwählt. Nachdem der Oberbürgermeister Hohrecht im April 1878 ins Ministerium getreten war, war Dunder bis zu dem am 21. November 1878 erfolgten Amtsantritt von Jordanbeck als stellvertretender Oberbürgermeister thätig. Kurz vor dem Tode Jordanbecks trat er in den Ruhestand. Hermann Dunders Name bleibt ehrenvoll eingezeichnet in den Annalen der Stadtgeschichte Berlins. Als ein Mann konsequenter Gesinnung trat er, schreibt die „Pos. Ztg.“, gleichwohl für die Selbstverwaltung der Gemeinde freiwillig ein und war ihr in seinem verantwortungsvollen Amte stets ein treuer Behüter. Uebersehen werden auch die vielen offiziellen schriftlichen Rundgebungen und Altkundstücke, die der Berliner Magistrat bei besonderen Anlässen und feierlichen Begebenheiten erlassen hat und deren form- und stilvollendete Art dem Bürgermeister Dunder zu danken war.

— In Sachen der unheimlichen Sendung an den Kaufmann Friedländer in Berlin wird jetzt weiter gemeldet, daß als mutmaßlicher Thäter durch einen Beurlaubten ein früherer Hausknecht der Firma Gebrüder Friedländer u. Maack verhaftet wird, der im September entlassen wurde. Dieser müßte aber im Hinblick auf die Handschrift der Adresse einen Mithwisser haben.

* **Darmstadt, 13. Dez.** Der Landtag wurde heute mit einer Thronrede des Großherzogs eröffnet. In derselben heißt es, die Thatsache, daß, abweichend von dem zur Regel gewordenen Verhältnisse die an das Reich zu leistenden Militärbeiträge schon im laufenden Budgetjahre den Betrag der Ueberweisungen des Reichs an die Bundesstaaten namhaft überschritten und die Beforgnis, daß ohne die von den verbündeten Regierungen mit dem Reichstage angestrebte Verständigung über neue oder erhöhte Einnahmequellen eine schwere Ueberlastung der Einzelstaaten eintreten müßte, hätten die Aufstellung eines Vorschlages, welcher das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben wahr, zu einer schwierigen Aufgabe gemacht und die größte Vorsicht in Bezug auf die Ausgaben notwendig erscheinen lassen.

W. B. **München, 13. Dez.** [Kammer der Abgeordneten.] Die Staatszuschüsse zu dem Bau des Rheinbafens in Ludwigshafen, zu den bayerischen Flußkorrekturen, sowie zu den Donaubauarbeiten wurden den Anträgen des Ausschusses gemäß genehmigt. Ferner wurde debattiert in zweiter Lesung der Antrag der Liberalen hinsichtlich der authentischen Interpretation der Befugnis des Militärgerichts, die Öffentlichkeit der Verhandlung auszuschließen, einstimmig angenommen.

W. B. **Strasbourg i. Els., 13. Dez.** Eine Ministerialverordnung vom heutigen Tage verbietet die Einfuhr und Durchfuhr von Rindvieh, Schafen, Ziegen und Schweinen aus Ställen. Die Verordnung tritt am 18. d. M. in Kraft.

Polnisches.

Posen, 14. Dezember.

* Zum polnischen Sprachunterricht meldet der „Sannov. Cour.“ aus Berlin von unterrichteter Seite, daß ursprünglich nur wöchentlich eine polnische Sprachstunde konzedit werden sollte. Als aber Erzbischof v. Stablewski dabei blieb, daß das nicht genüge, verstand man sich dazu, zwei Stunden zu bewilligen. — Also auch hier wird bestätigt, daß Erzbischof v. Stablewski eine Rolle bei den Verhandlungen gespielt hat, was übrigens für jeden Kundigen, Reptile natürlich ausgenommen, von vornherein klar war.

* **In unserer Notiz gegen den „Rurher Pozn.“** in der heutigen Morgennummer fehlt am Anfang des aus dem Blatte zitierten Satzes natürlich das Personalpronomen. Es muß heißen: „Wir ertheilen“ u.

Aus der Provinz Posen.

* **Schneidemühl, 13. Dez.** [Vom Unglücksbrunnen.] Herr Brunnentechniker Beyer, welcher sich selbstverständlich für den Unglücksbrunnen und die Stadt Schneidemühl überhaupt sehr interessiert, unterwarf den freundschaftlichen Sandhügel heute einer eingehenden Untersuchung. Hierbei stellte er, wie das „Schndm. Tagblt.“ berichtet, fest, daß der Sandhügel bis 1¼ Meter über Straßenhöhe voll Wasser stand. Das ausfließende Wasser fiedert neben dem Hügel in den aufgeschwungenen Boden, von dem das Straßenpflaster und das Mauerwerk entfernt ist, und bewirkt ein Höhersteigen des Grundwassers. Das Wasser in den Kellerräumen der anliegenden Grundstücke glebt den besten Beweis für die Richtigkeit dieser Annahme. Durch ein Experiment bewies Herr Beyer außerdem in Gegenwart mehrerer Zeugen, daß der Boden in der Nähe des Brunnens sehr durchlässig ist. Es wurde ein 1¼ Fuß tiefes Loch gegraben und mußten zwei Leute unausgesetzt Wasser holen und in das Loch gießen. Trotz fortwährend Wasser getragen und eingegeben wurde, gelang es in anderthalb Stunden nicht, dieses Loch mit Wasser zu füllen. Freund hätte nicht nötig gehabt, den jetzt weltbekannten Sandhügel aufzuwerfen, sondern es hätten bei dem geringen Ausfluß vier Löcher genügt, um das Wasser in den durchlässigen Boden verschwinden zu lassen. Hätte Herr Beyer das ausfließende Wasser in einem unterirdischen Rohre in die Müddow ableiten dürfen, wie er es wollte, so hätte man es zur Zeit nicht mit einem tückischen Feinde zu thun, dem man tausend geheime Wege geschaffen hat, von denen aus er seine Verheerungen anrichtet.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

g. **Breslau, 13. Dez.** [Schwerer Unglücksfall.] In dem nahe unserer Stadt gelegenen Dorfe Klein-Gandau waren

bei dem Renobationsbau eines Ziegelofens außer anderen Arbeitern auch 6 Korrigenden aus dem Arbeitshaus in Schneidmühl beschäftigt. Gestern Vormittag gegen 11 Uhr stürzte plötzlich ein Theil der Mauer, die vermutlich nicht hinreichend gestützt war, zusammen und verschüttete die Arbeitshäuser. Die anderen Arbeiter begannen sofort die Rettungsarbeiten. Von den Verschütteten sind zwei sofort getödtet worden, während drei zahlreiche und schwere Verletzungen erhalten hatten und in das hiesige Krankenhaus der Barmherzigen Brüder geschafft wurden. Nur der sechste der Verunglückten war mit leichten Verletzungen davon gekommen, so daß er nach Schneidmühl gebracht werden konnte.

Telegraphische Nachrichten.

Hamburg, 13. Dez. Der Schnelldampfer „Augusta Viktoria“ der Hamburg-Amerikanischen Packfahrt-Aktiengesellschaft, welcher zwecks Reparatur nach der Werft von Blohm und Voß gehen sollte, geriet heute Vormittag auf der Elbe in Folge des durch den Ostwind hervorgerufenen niedrigen Wasserstandes auf Grund. Man versuchte heute Abend den Dampfer bei eingetretener Hochwasser durch neun Schlepper abzubringen, doch gelang dies nicht. Eine Gefahr für den Dampfer liegt nicht vor.

Kassel, 13. Dez. Der Kommunalantrag wählte zum neuen Landesdirektor den Landrath v. Kiedesfel.

Pest, 13. Dez. [Abgeordnetenhaus.] Im Laufe der Verhandlungen über das Finanzgesetz betont der Serbe Drakulics den Patriotismus der Serben in Ungarn. Die ungarischen Serben gravitirten nicht nach Auswärts und hegten keine separatistischen Bestrebungen. Wenn sie und da Unzufriedenheit wahrnehmbar sei, so liege der Grund dazu in lokalen Umständen. Die Serben brauchten kein Nationalitätengesetz, sie forderten zwar die ungarische Sprache als Staatssprache, doch solle Niemand in der Pflege seiner Muttersprache behindert werden. Ministerpräsident Dr. Wederle erklärte darauf, er glaube gern, daß die Serben keine separatistischen Tendenzen verfolgten, sie thaten das aber nicht nur aus Vaterlandsliebe, sondern auch aus wohlverstandenen eigenen Interesse. (Zustimmung.) Darauf wurde das Finanzgesetz für 1891 mit großer Mehrheit angenommen.

Rom, 12. Dez. Die Verhandlungen mit Nicotti betreffend die Annahme des Kriegsportefeuilles dauern fort. Das Portefeuille des Marineministeriums wird Vizeadmiral Morin, welcher morgen in Rom erwartet wird, angeboten werden. — General Pedotti ist heute Abend hier eingetroffen. Crispi wurde Abends vom König empfangen.

Rom, 12. Dez. Das Kammerpräsidium beriet heute anlässlich des Attentates in der französischen Kammer die Vorsichtsmaßregeln, welche für die Kammer zu treffen seien. Die Anordnungen betreffen des Zutritts zu den öffentlichen und reservirten Tribünen wurden abgeändert und der Vorschlag, die Tribünen mit Metallnetzen zu versehen, in Erwägung gezogen.

Palermo, 12. Dez. In Partinico dauert die Agitation fort; die Umgegend wird von Landeuten durchstreift, die Kaufleute werden gezwungen, die Lebensmittelpreise herabzusetzen. Die Einwohner weigern sich die Verzehrssteuer zu entrichten, die Gemeindevächter sind entflohen. Giardinelli wurde von einer Schwadron Kavallerie besetzt.

Paris, 13. Dez. Die Kommission der Deputirtenkammer zur Vorberatung der Vorlagen über die Vereinigungen von Anarchisten und die Herstellung sowie die Innehabung von Explosivstoffen nahm dieselben mit einigen unerheblichen Modifikationen an. Die beiden Berichterstatter werden den Bericht morgen der Kammer vorlegen; ebenso wird morgen der Bericht der Kommission vorgelegt werden, welche mit der Vorberatung des Antrages, einen Kredit zur Vermehrung der Polizeibeamten zu eröffnen, beauftragt war. — Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, hat der sozialistische Schriftsteller Debille, aus dessen Artikeln der Minister der öffentlichen Arbeiten, Jonnart, gestern Auszüge mitgetheilt hatte, dem Minister seine Zeugen geschickt und Verdictung oder Genugthuung verlangt.

London, 13. Dez. Das Unterhaus nahm die zweite Lesung der indischen Anleihebill an. Im Laufe der Debatte erklärte der Kanzler der Schatzkammer Harcourt, es handle sich nicht um ein Mittel, die Vermehrung der Ausgaben Indiens zu verhindern, sondern darum, dem zeitweiligen Uebel zu begegnen, da der Vime-tallismus von der Regierung nicht angenommen worden sei. Die Vorlage sei der beste Ausweg, eine temporäre Schwierigkeit zu bekämpfen, die durch ein ernstes Experiment geschaffen worden sei.

Bukarest, 12. Dez. [Senat.] Die Adressdebatte wurde fortgesetzt. Der Finanzminister hob den Ausführungen des oppositio-nellen Senators Marzesko gegenüber unter lebhaftem Beifalle nochmals die günstige Finanzlage des Landes hervor, sowie die Vortheile des Münzsystems, durch dessen rechtzeitige Einführung die konservative Partei ein großes Verdienst erworben habe. Nach eingehender Ausführung über die Anleihe-Emissionen und die Herstellung des Gleichgewichts im Budget erklärte der Minister, die konservative Finanzverwaltung fürchte keine Kontrolle.

Newyork, 13. Dez. Dem „Newyork Herald“ wird aus Montevideo gemeldet, daß das Manifest des Admirals Sal-danha die Lage in Rio de Janeiro verschlimmert habe. Der Handel liege darnieder, viele Geschäftshäuser und Banken seien geschlossen.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechkreis der „Pos. Ztg.“

Berlin, 14. Dezember, Morgens.

Einer Meldung der „Kreuztg.“ zufolge haben die Abgg. Prinz zu Hohenlohe, Böhlmann, der deutsch-konservative Partei angehörig, bei der gestrigen Abstimmung des deutsch-rumänischen Handelsvertrages, im Gegensatz zur Fraktion für den Vertrag gestimmt und hierdurch ihren Austritt aus der Fraktion erklärt.

Aus Grünberg i. Schl. wird gemeldet: Gestern brach in einer hiesigen großen englischen Tuchfabrik Feuer aus, welches bedeutenden Schaden anrichtete. In hiesigen Kreisen herrscht über den Brand große Aufregung, da während einer kurzen Zeit bereits mehrere große Brände Tuchfabriken zerstörten.

Wie aus Rom gemeldet wird, erklärt die „Agenzia Stefani“ die bevorstehende Aufhebung der Affidavite für unbegründet. Die Frage wird erst geprüft werden, wenn das neue Kabinett sich konstituir hat.

Ueber die sicilischen Unruhen wird berichtet: Die Kriegsschiffe „Stromboli“, „Tiramosco“ und „Sibde“ sind in Palermo eingetroffen. — In Giardinelli, wo die gerichtliche Untersuchung eingeleitet worden ist, wurde die Ruhe wieder hergestellt. Auch in Partinico ist die Ruhe zurückgekehrt. Die Erhebung der Verzehrssteuer ist aufgehoben.

